



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

67. Sitzung (öffentlich)

22. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 19:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Biologische Stationen in NRW (<i>PowerPoint-Präsentation s. Anlage</i>)	6
	Gast: Die Vorsitzende des Dachverbandes, Frau Birgit Beckers	
	– Wortbeiträge	
2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)	21
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700	
	Vorlage 17/5659 Vorlage 17/5722	

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Einführung durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

3 Tierschutz ernst nehmen – CO₂-Betäubung bei Schlachtschweinen endlich beenden **23**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11615

Ausschussprotokoll 17/1428 (Anhörung vom 12. Mai 2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11615 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten! **27**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

In Verbindung mit:

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/12048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/12055 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Sinnlose Zettelwirtschaft – Kassenbonnpflicht für Umwelt und Wirtschaft abschaffen! **34**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14060

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/14060 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Wie stark sind in NRW Kleingewässer mit Pestiziden belastet? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) **35**

Vorlage 17/5512
Vorlage 17/5724

– Wortbeiträge

7 FFH-Klage der EU-Kommission: Welche Konsequenzen ergeben sich für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5711

– wird nicht behandelt

8 Überwachung der Rahmenbetriebspläne für übertägige Abbaustätten von Lockergestein in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **40**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5745

– Wortbeiträge

9 Wie plant die Landesregierung, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zu fördern? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)* **42**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5727

– Wortbeiträge

10 Fragen zur Explosionsursache im Chempark weiterhin offen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **43**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5729

– Wortbeiträge

11 Boden- und Gewässerproben nach dem Hochwasser *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **48**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5714

– Wortbeiträge

12 Preiskrise am Schweinemarkt *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)* **49**Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5728

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
67. Sitzung (öffentlich)

22.09.2021
sd-yö

habe, in der das Tier merke, dass es ihm an den Kragen gehe. Bei der Elektrobetäubung sei das umso schwieriger.

Der Arbeitsschutz spiele auch bei der Elektrobetäubung eine große Rolle. Man brauche die Kräfte, die das entsprechend durchführten. Letztendlich – er habe eben von Realitäten gesprochen –, für ein hochwertiges Lebensmittel müsse die Infrastruktur leistungsfähig sein, um diesen Teil des Tierschutzes, nämlich den im Schlachtprozess, auch vor Ort sicherzustellen. Deswegen sei es wichtig, dass man die Praktikabilität da habe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/11615 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

4 Wo Naturschutz draufsteht, muss Naturschutz drin sein – keine Pestizide in Naturschutzgebieten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12048

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

In Verbindung mit:

Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (Anhörung vom 14. Juni 2021)

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/12048 am 16. Dezember 2022 – Überweisung des Antrags Drucksache 17/12055 an den AULNV – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 27.01.2021)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, der mitberatende Ausschuss habe in seiner Sitzung am 3. September 2021 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Norwich Rüße (GRÜNE) schickt voraus, seine Fraktion werde beiden Anträgen zustimmen. Die Anhörung habe bestätigt, dass der Antrag seiner Fraktion richtig sei, dass man den Pestizidverbrauch deutlich senken müsste, insbesondere im Interesse der Artenvielfalt, und dass man die Naturschutzgebiete, die eigentlich die Funktion hätten, die Artenvielfalt zu stabilisieren – sie könnten diese Funktion nicht erfüllen –, besser schützen müsse, auch vor Einträgen von Pestiziden schützen müsse und dass man eine Pufferzone um die Naturschutzgebiete herum brauche.

Das alles würde das Land Nordrhein-Westfalen Geld auch kosten. Man wäre entschädigungspflichtig gegenüber den Landwirten, die dann Mindererträge hätten. Das müsste ausgeglichen werden. Wenn man aber in puncto Artenvielfalt vorankommen wolle, dann sei das ein wesentlicher Baustein. Ein besonders wichtiger Baustein, der in dem Antrag angeführt worden sei, sei eine Pestizidminderungsstrategie. Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass man hier seit Jahren, obwohl man den nationalen Aktionsplan habe, nicht wirklich vorankomme. Man schaffe es nicht, dass man den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln herunterfahre.

Gleichzeitig finde er es spannend – er ziehe immer gerne die Parallele zur Antibiotikadatenbank, da habe man das gleiche Phänomen gehabt, dass man den Verbrauch nicht habe senken können –, aber in dem Moment, wo man eine Minderungsstrategie und die Datenbank bekommen habe, habe das funktioniert, obwohl vorher jeder erklärt habe, dass das nicht gehe, dass kein Gramm zu viel eingesetzt werde. Das koste alles Geld usw. Die Argumente seien bekannt. Trotzdem habe man jetzt eine Halbierung hinbekommen.

Etwas Ähnliches müsste im Interesse von Umwelt und Natur auch bei Pflanzenschutzmitteln grundsätzlich möglich sein. Er gehe davon aus, dass auch hier analog Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden, die nicht eingesetzt werden müssten und dass man, was die Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes angehe, nicht weiter sei, als man in den 80er-Jahren schon gewesen sei.

Dr. Ralf Nolten (CDU) kommt zunächst auf den SPD-Antrag zu sprechen. Wer die Anhörung verfolgt habe, werde gemerkt haben, dass zu dem Antrag der SPD sehr wenig gesagt worden sei, außer dass man die Nieheimer Flechthecke schätze und Hecken von Norden bis Süden, die Wallhecken usw. Er finde es sehr schade, dass diese beiden Anträge, die unterschiedlich in der Qualität seien, zusammen diskutiert worden seien. Er habe im Plenum keinen Hehl daraus gemacht. Im Kommunalausschuss sei keiner der antragstellenden Fraktionen mehr in die Debatte eingestiegen.

Wer sich den ersten Anteil anschauere, finde im ersten Teil eine Beschreibung zum Thema Biodiversität. Anschließend würden Hecken mit ihren Vorteilen beschrieben. Dass sei alles soweit okay. Aber man beschließen am Ende die Aufforderungen an die Landesregierung. Wenn man da rein gehe, werde es schwierig. Es gehe um den Zustand. Man habe die ökologische Flächenstichprobe, wo dokumentiert werde, wie sich die Dinge entwickelten. In dem Antrag selber finde sich der Landschaftsplan mit keinem einzigen Wort wieder. Dabei sei er in Nordrhein-Westfalen das Kriterium, das Grundlage der Naturschutzarbeit sei, in dem auch die Hecken entsprechend als

geschützte Landtagsbestandteile aufgeführt würden. Insofern gebe es da ein Bestandskataster. Wer jetzt ein neues einführe, der dürfe im Sinne der Konnexität auch überlegen, wie er das den Kreisen vermittele und die Finanzmittel entsprechend zur Verfügung stelle. Im Landschaftsplan stehe der Biotopverbund im Mittelpunkt, der über Hecken erfolgen könne, aber auch über viele andere Dinge.

Wenn man die Vernetzung von Feldgehölzen steigern wolle, habe man auch das Problem – er habe auch bei sich im Kreis auch Bördelandschaften –, da stehe explizit in den Landschaftsplänen drin, das Offenhalten der Börde für Feldvögel und Anpflanzungen von Hecken und Feldgehölzen stünden sich gegensätzlich gegenüber. Das sei dann einfach so. Insofern sei die Pauschalität, mit der hier gearbeitet werde, nicht zielführend.

Zur Frage der Förderung: Wer in die GAK hineinschauen, sehe das entsprechende Förderangebot. Auch da gebe es keinen Bedarf. Die Prosa vorne sei nett, aber man beschließe hinten den Teil Beschlussfassung. Da seien keine Punkte dabei, die es lohne, weiter zu vertiefen.

Ina Spanier-Oppermann (SPD) findet das schade. Sie wolle sich zu den beiden Anträgen allgemein äußern. Der Hinweis auf die Anhörung sei gegeben worden. Sie habe sich die Ausführungen der Experten noch einmal angeschaut. Nun sei es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Artenschutz auch als eine solche zu verstehen. Man müsse sich – das habe die Anhörung auch gezeigt – aufeinander zu bewegen. Der Konfrontationskurs sei nicht zeitgemäß bei dem Thema. Alle müssten an einem Strang ziehen. Da könne keiner auf halber Strecke irgendwelche Punkte machen. Es gebe eine Faktenlage, der sich alle stellen müssten.

Kollege Rüsse habe das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion angesprochen. Das mache sie auch. Ihre Fraktion werde selbstverständlich dem Grünen-Antrag zustimmen, dem eigenen Antrag sowieso. Sie glaube, dass beide Anträge zeigen würden, dass man da den richtigen Weg einschlage. Wenn man sich die Beiträge der Anhörung zu Gemüte führe, dann dürfe man mit Wohlwollen nicht nur über Prosa sprechen, sondern man könne auch feststellen, vieles, was in den Anträgen stehe, werde anerkannt, auch von Stellen, von denen man auf den ersten Blick vielleicht denke, dass sie das so gar nicht sehen würden.

Mit Blick auf TOP 6 verweise sie auf die Studie der Uni Osnabrück, die im Grunde das schreibe, was in den beiden vorliegenden Anträgen gefordert werde. Insofern bestätige das ihre Fraktion, dass auch wissenschaftliche Hinweise in diese Richtung zeigen würden. Die SPD-Fraktion verstehe die beiden Anträge auch so.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, TOP 6 werde noch einmal extra behandelt.

Stephan Haupt (FDP) führt aus, eben habe der Ausschuss von den Biologischen Stationen gehört, dass man mit den Landwirten auf Augenhöhe und gemeinsam sehr viel

erreichen könne und dass eine Gängelung der Landwirtschaft, eine Bevormundung nicht zu empfehlen sei.

Die Landwirtschaft habe jetzt einen Insektenschutzprogramm vom Bund auferlegt bekommen – ohne Vorwarnung, was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betreffe.

Die Enquetekommission habe in seinem Heimatkreis einen konventionellen Hof besucht, welcher sich der regionalen Vermarktung verschrieben habe. Mit viel Herzblut versuche die ganze Familie, diesen Hof erfolgreich zu bewirtschaften. Kurz, bevor man sich verabschiedet habe, habe man gefragt, was die Landwirte der Enquetekommission mitgeben wollten. Die Landwirtin habe mit Tränen in den Augen gesagt, so wie es im Moment laufe, dass man den Landwirten von heute auf morgen den Einsatz von Pestiziden verbiete, dürfe es nicht laufen, das gefährde die Existenz. Die Frau habe Existenzängste gehabt. Er glaube, das sollte man auch ernst nehmen.

Von den Biologischen Stationen habe man lernen können, dass in Sachen Vertragsnaturschutz sehr viel möglich sei. Er glaube, das sei auch der richtige Weg, den man weitergehen sollte. Man sollte aber nicht von oben herab die Landwirtschaft bevormunden, sie als diejenigen darstellen, die wieder die Schuldigen seien, und ihnen Existenzängste bereiten.

Bianca Winkelmann (CDU) schließt sich den Worten des Vorredners an. Sie wolle aber mit Blick auf die rot-grüne Einigkeit etwas Wasser in den Wein gießen. Kollege Nolten habe zum SPD-Antrag, dem Heckenantrag viele Ausführungen gemacht.

Durch das Inkrafttreten der Pflanzenschutzanwendungsverordnung aus dem Bund habe sich der Antrag in vielen Bereichen überholt. Das höre sich jetzt so an, als wenn man einer Verordnung einen grünen Anstrich auf den letzten Metern verpassen wolle.

Nun komme von den Grünen immer wieder die Forderung, zusätzlich um Naturschutzgebiete herum Pufferzonen einzurichten. Im Industrieland Nordrhein-Westfalen gebe es über 3.000 Naturschutzgebiete, die schon besonderen Regelungen unterlägen. Ihr fehle die Vorstellungskraft zu fordern, dass man jetzt um diese 3.000 Naturschutzgebiete noch zusätzliche Pufferzonen schaffen solle. Da sei zu fragen, wo man da überhaupt noch Landwirtschaft möglich machen wolle, auf welchen Flächen Landwirte noch Mittel zum Leben erzeugen dürften, wenn man diesem Antrag in seiner Restriktivität folgen würde. Das sei fernab der Realität.

Sie habe in dem Antrag das Thema „precision farming“ nicht wiedergefunden, das die Politik schon seit langen Jahren begleite. Pflanzenschutzmaßnahmen würden heutzutage wesentlich zielgerichteter ausgeführt. Die Abdrift-Möglichkeiten, von denen die Grünen sprächen, seien schon längst bei den neuen Maschinen nicht mehr vorhanden, wie es noch vor Jahren gewesen sei. Der Antrag der Grünen habe sich aus ihrer Sicht komplett überholt. Zum Antrag der SPD habe Kollege Nolten schon ausgeführt.

Andreas Keith (AfD) unterstreicht, es sei schon viel Richtiges gesagt worden. Er wolle noch einmal eine Lanze für die Landwirte brechen. Niemand, der sich intensiv mit der Landwirtschaft beschäftige, der seinen Beruf lebe und auch als Berufung sehe, setze

Pflanzenschutzmittel gerne ein. Das mache niemand. Die Mittel setze man ein, um die Pflanze zu schützen und den Ertrag zu schützen, der dann das Überleben der Familie, aber auch die Versorgung der Gesellschaft sicherstelle. Das sei der Grund.

Wenn er in seinen Weinbergen darauf verzichten könnte, Pestizide einzusetzen, dann würde er es tun, wenn er nicht die Befürchtung hätte, dass ein Befall drohe. Wenn man sehe, dass in anderen Gegenden Befall da sei, dann setze man Pflanzenschutzmittel ein. Das mache jeder andere Landwirt genauso verantwortungsvoll. Daher könne seine Fraktion dem Antrag, insbesondere weil darin suggeriert werde, dass die Landwirtschaft gegen den Naturschutz oder die Natur arbeite. Das sei einfach nicht der Fall. Die meisten Landwirte machten das nicht. Er kenne zumindest niemanden in seinem Bekanntenkreis, der das tue.

Ob jeder Abgeordnete jetzt wirklich – das stehe in den beiden Anträgen genauso – jedes Jahr einen Pflanzenschutzbericht oder einen Bericht über den Umfang der Hölzer, der Hecken brauche, da sei er sich auch nicht sicher. Da könne er auch nichts mit anfangen. Wenn man einmal in der Legislatur höre, wie die Entwicklung grundsätzlich sei, sei das so okay. Dass man aber jährlich einen Pflanzenschutzbericht oder einen Bericht über den Umfang der Feldgehölze benötige, glaube er nicht. Diese Information bekomme man auch von anderer Seite. Seine Fraktion lehne beide Anträge ab.

Norwich Rübe (GRÜNE) erwidert, an Frau Winkelmann gewandt, wenn man solche Pufferzonen um die Naturschutzgebiete haben wollte, wie die CDU im Rahmen von Windkraftausbau Pufferzonen zu Siedlungsräumen gelegt habe, dann hätte sie recht. Aber das wolle niemand. Man wolle die Pufferzonen ja nicht tausend Meter breit um Naturschutzgebiete anlegen. Es gehe aber darum, dass Naturschutzgebiete mit erheblichen öffentlichen Geldern angelegt worden seien. Da müsse man sich natürlich überlegen, wie man dann die Funktion dieser Naturschutzgebiete sicherstelle. Im Moment erfüllten sie ihre Funktionen nicht. Deshalb müsse man auch überlegen, ob man diesen Faktor, Pflanzenschutzmitteleinsatz, an der Stelle nicht deutlich reduziere.

Nun würden Landwirte Pflanzenschutzmittel einsetzen. Sie setzten sie vor allem auch ein in einer Gesamtlogik von Landwirtschaft, wo es darum gehe, zum billigsten Preis zu produzieren, bis hin zu der Perversion, die es gegeben habe, Glyphosat als Sektionsmittel einzusetzen, was man ja habe beenden können, bis hin dazu, dass man tatsächlich, damit der Mähdrescher etwas schneller fahren könne, Getreide abgetötet habe, sogar Brotgetreide mit Glyphosat. An der Stelle werde deutlich, dass da eine Menge möglich sei, dass an der Stelle tatsächlich ökonomische Interessen und nicht nur die reine Notwendigkeit im Vordergrund stünden. Er glaube, dass man da, was den Pflanzenschutz angehe, schon mal weiter gewesen sei. Jetzt habe man allmählich eine Entwicklung, dass Hackgeräte wieder in die Landwirtschaft hineinkämen. Da sei 20 Jahre lang nichts passiert.

In den 80er-Jahren habe es in NRW Förderungen gegeben für Striegel usw. Er könne Höfe zeigen, wo die Striegel über ein Jahrzehnt in der Ecke gestanden hätten, niemand habe sie mehr benutzt. Sie kämen jetzt wieder. Jetzt werde es wieder gemacht –

genauso, wie jetzt Hacken wieder eingesetzt würden. Vorher habe man es nicht mehr gemacht. Er finde schon, dass man sehe, dass da viel mehr möglich wäre.

Wenn man im „Landwirtschaftliches Wochenblatt“ in den letzten Jahren Kommentare zur Frage Pilzbekämpfung lese und in einem Bericht zu Triticale stehe, man hätte auf die Maßnahmen verzichten können, wenn man gewusst hätte, dass das Jahr so trocken werde. Das sei auch ein Indiz dafür, dass sehr wohl präventiv Pflanzenschutzmittel eingesetzt würden. Davon müsse man ein Stück weit wieder weg. Da müsse mehr Bewegung rein. Keiner sage, dass man vollständig drauf verzichten könne. Er habe eben gesagt, eine Halbierung halte er sehr wohl für möglich. Er habe nicht gesagt, dass das zu 100 % möglich sei. Das glaube er auch nicht unter den Bedingungen, die man am europäischen Markt habe. Das sei etwas ganz anderes. Fest stehe aber, dass da viel passiere, was nicht notwendig sei, was aus ökonomischen Zwängen heraus passiere, was auch deshalb passiere, weil Pflanzenschutzmittel ein günstiges Mittel seien, um den Ertrag abzusichern. Von daher sei da nach seiner Meinung nach viel mehr möglich, als man heute im Moment mache.

Dr. Ralf Nolten (CDU) hält fest, dass die Wirkstoffmengen, bezogen auf den Hektar, deutlich runtergegangen seien. Auch da gebe es Weiterentwicklungen, wenn er sich die Polymerforschung angucke. Da komme man auch zu neuen Instrumenten. Bei den Hackgeräten habe es eine Weiterentwicklung gegeben. Die Spritze, so wie sie vor 20 Jahren gewesen sei, sei nicht mehr die Spritze von heute. Die Ausbringung der Pflanzenschutzmittel morgen werde wahrscheinlich noch eine andere sein als das Sprühen von heute.

Herr Rüße habe gesagt, das sei mit öffentlichen Mitteln gemacht worden. Wenn er sich die Hellwegbörde anschau, den Wiesenweihenschutz, hier stünden die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung, dann seien Tausende von Hektar Wiesenweihenschutz als Vogelschutzgebiet ausgewiesen. Da habe man gesagt, da gebe es die Wiesenweiher, da gebe es eine entsprechende Verantwortung, der kämen die Landwirte nach. Sie seien genauso betroffen. Wenn man in Kleve-Kellen, der Düffel 6.000 Hektar Naturschutzgebiet habe und habe da leistungsstarke landwirtschaftliche Betriebe drin – das seien nicht nur die Milchviehbetriebe, einen habe man besucht –, dann sei schon die Frage, wie die wirtschaften sollten, wenn man das in dieser Rigorosität mache. Da sei die Politik aufgefordert zu überlegen, wie man beim Vertragsnaturschutz mit anderen Anreizkomponenten weiterkomme, um da mehr zu binden. Wenn man das so kategorisch umsetze, wie das vorgeschlagen sei, dann müssten diese Betriebe ihre Wirtschaft deutlich verändern, wenn sie sie nicht sogar aufgeben müssten. Die Frage sei ja, ob sie noch auf diesen Flächen wirtschaften könnten.

Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV) kann da im Prinzip nahtlos anschließen. Ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten sei über die Pflanzenschutzanwendungsverordnung gekommen. Das sei ja faktisch da. Auch angesichts des Wahlkampfs sei sie viel im Land unterwegs. Sie habe vorher immer gesagt, 12.000

Hektar sei nicht viel, das könne das Land Nordrhein-Westfalen entschädigen, nehme so und soviel Millionen Euro in die Hand. Dann habe man das im Griff.

In den Gesprächen mit den Landwirten habe sie festgestellt, da gehe es tatsächlich um Existenzen. Da gehe es um Betriebe, die ihre komplette Betriebsfläche im Naturschutzgebiet hätten. Das seien dann 70, 90 Hektar, das seien sicherlich ordentliche Betriebe. Denen sage man jetzt: April! April!, du musst dich umstellen. In der Verordnung heiße es, sie bekämen eine Erschwerniszulage, dann sei es das gewesen, dann müssten sie was anderes machen. Herr Schneider habe gesagt, der Vertragsnaturschutz sei Zukunftsaufgabe der Landwirtschaft.

Sie glaube, Landwirte sollten sich hauptsächlich mit der Nahrungsmittelerzeugung beschäftigen. Das sei ein ganz anderes Thema. Sie komme mit diesem kategorischen Verbot, wenn sie sich auch noch mit Pufferzonen drumherum befassen müsse, angesichts dessen, wie viele Betriebe große Betriebsflächen in den Naturschutzgebieten hätten, nicht klar. Sie habe immer gedacht, der nordrhein-westfälisch Weg sei nicht der Verbotsweg, unabhängig davon, dass man das Verbot jetzt habe, sondern der Weg zu sagen, man wolle partnerschaftlich versuchen, zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zusammenzuarbeiten.

Sie finde es gut, wenn man fordere, einen Pflanzenschutzbericht vorzulegen. Das sei eine gute Idee, so etwas vielleicht tatsächlich zu machen, um zu schauen, wie sich das in Nordrhein-Westfalen entwickle. Nach dem, was sie jetzt erfahren habe, und wenn man noch einmal Pufferzonen drum herum bilden solle, was quasi als Ordnungsrecht statt als partnerschaftliches Instrument umgesetzt werden solle, da sei sie sehr skeptisch. Seit Anfang September gelte die Pflanzenschutzanwendungsverordnung. Die Landwirte hätten vier Monate Zeit gehabt, sich darauf einzustellen. Das sei sportlich. Ihr Wunsch sei zu überlegen, ob man diese Ziele nicht viel besser mit Kooperationen hinbekomme – die Ziele würden richtig beschreiben, das sei ja nicht falsch, sondern im Gegenteil –, statt zu sagen, man habe direkt mit den Ordnungsrecht da rein. Wenn dann 20, 40, 60 Betriebe über die Wupper gingen, dann sei es eben so. Das sei nicht ihr Politikansatz, müsse sie ganz offen sagen, auch wenn sie dasselbe Ziel vertrete. Nur ihr Weg sei ein anderer.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/12048 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/12055 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

